

**47. Beilage im Jahr 2022 zu den Sitzungsunterlagen  
des XXXI. Vorarlberger Landtages**

---

**Selbstständiger Antrag der FPÖ, SPÖ und NEOS Vorarlberg**

Beilage 47/2022

An das  
Präsidium des Vorarlberger Landtages  
Landhaus  
6900 Bregenz

Bregenz, am 25.4.2022

**Betreff: Entziehung des Vertrauens gegenüber Landeshauptmann  
Mag. Markus Wallner**

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Inseratenaffäre rund um den Wirtschaftsbund, einer Teilorganisation der Vorarlberger Volkspartei, sorgt seit Wochen für landes- und bundesweite Schlagzeilen. Fast täglich kommen neue Vorwürfe dazu. Bisheriger Tiefpunkt in dieser Causa ist die eidesstattliche Erklärung eines Wirtschaftstreibenden, aus der hervorgeht, Markus Wallner habe politische Gefälligkeiten gegen Inserate in Aussicht gestellt. Stimmen diese Vorwürfe, ist das Korruption auf oberster Ebene.

Aber auch neben diesem unmittelbaren Korruptionsvorwurf zeigt sich ein verstörendes Sittenbild. Zahlreiche Wirtschaftsbund-Funktionäre sind offenbar ebenso in die Causa involviert wie frühere bzw. amtierende Regierungsmitglieder und ÖVP-Funktionäre auf unterschiedlichsten Ebenen.

Aber beginnen wir chronologisch: Am Beginn der Affäre steht eine anonyme Anzeige, die zu einer Steuerprüfung beim Wirtschaftsbund geführt hat. Rasch ergaben sich Hinweise auf Steuerhinterziehung. Zwischenzeitlich ist bekannt, dass der ÖVP-Wirtschaftsbund offenbar rund 1,3 Mio. Euro zu wenig an Steuern bezahlt hat. Man habe nicht gewusst, was zu versteuern gewesen wäre, hieß es salopp.

Schnell kam der Vorwurf von Wirtschaftstreibenden dazu, dass offenbar Unternehmer:innen massiv unter Druck gesetzt wurden, in der Zeitschrift des Vorarlberger Wirtschaftsbundes zu inserieren. Aber nicht nur das.

Neben einer insgesamt sechsstelligen Summe, die von landeseigenen Unternehmen über Inserate an den Wirtschaftsbund geflossen ist, gab es zudem Inserate, die direkt aus dem Landesbudget finanziert wurden. Es floss also Steuergeld direkt über Inseratenkonstruktionen in die Kasse des Wirtschaftsbundes und damit der ÖVP.

In Summe wurden so jährlich viele hunderttausend Euro lukriert, die nicht nur dem Wirtschaftsbund und der ÖVP, sondern auch einzelnen Funktionären und Angestellten der ÖVP-Teilorganisation persönlich zugutekamen.

So wurde z.B. bekannt, dass offenbar der amtierende Wirtschaftslandesrat und sein Amtsvorgänger wiederholt Barauszahlungen entgegengenommen haben, ohne dafür Belege über die Mittelverwendung zu legen.

Aber auch halb geschenkte Luxusdienstwagen, außerordentliche Pensionszuschüsse und Privatdarlehen ohne Verzinsung an die Direktoren des Wirtschaftsbundes runden das Bild ab. Ebenso wie die Tatsache, dass genannte Personen bei allen Inseraten mitverdient haben.

Darüber hinaus profitierte aber auch die Vorarlberger Volkspartei in Millionenhöhe von der ‚Cash cow Wirtschaftsbund‘. Noch am 20. März erklärte Parteiobmann Markus Wallner den Medien, die ÖVP hätte 900.000 Euro (verteilt auf die zwei Wahlkampfjahre 2014 und 2019), aber keinerlei weitere Spenden oder Sachleistungen vom Wirtschaftsbund erhalten.<sup>1</sup> So hat es Markus Wallner in seiner Funktion als Landeshauptmann auch in einer schriftlichen Anfragebeantwortung an den Landtag erklärt.<sup>2</sup> Dabei hat er es offenbar mit der Wahrheit nicht sehr genau genommen. Zwischenzeitlich berichten Medien von bis zu 1,5 Millionen Euro, die aus dem Vorarlberger Wirtschaftsbund an die ÖVP geflossen sind.<sup>3</sup> Hier stellt sich die Frage: Werden die Menschen in Vorarlberg bewusst belogen oder hat der Landeshauptmann schlicht jeden Überblick über die Finanzlage der Organisation, die er nach außen vertritt – und für die er auch viele Jahre selbst als Geschäftsführer verantwortlich war – verloren?

Bekannt gewordene Unterlagen ergeben zudem, dass der Vorarlberger Wirtschaftsbund zwischen 2015 und 2020 13 Ortsgruppen der Vorarlberger Volkspartei mit insgesamt 357.500 Euro finanziell unterstützt hat. Zusätzlich sollen Veranstaltungen (mit-)finanziert worden sein.

Der Tiefpunkt all dessen wurde aber – wie erwähnt – durch das Bekanntwerden der eidesstattlichen Erklärung erreicht, in der behauptet wird, dass Landeshauptmann Markus Wallner persönlich bei Betriebsbesuchen die Unterstützung der öffentlichen Hand angeboten habe und parallel Inseratengeschäfte beworben habe. Der anonyme Wirtschaftstreibende sagte demzufolge, es wurde bei einem Betriebsbesuch „klar deponiert“, dass gewünscht sei, dass man sich bei der Wirtschaftsbund-Zeitung mit Inseraten engagiere. Wallner habe es vorsichtig umschrieben: „Er hat gemeint: Wenn entsprechende Anliegen im Unternehmen gegeben sind, wo die öffentliche Seite unterstützen kann, werde sich die Politik entsprechend erkenntlich zeigen“, etwa bei Betriebsbewilligungen.<sup>4</sup>

All das zeigt ein Sittenbild, das in Vorarlberg und Österreich seinesgleichen sucht und das der Politik aber vor allem der Reputation unseres Landes massiv schadet. Einem Landeshauptmann müssen die Menschen vertrauen und sich darauf verlassen können, dass er als oberster politischer Vertreter die höchsten Standards für verantwortungsvolles Handeln festgelegt. Diesem Anspruch wird Landeshauptmann Wallner keinesfalls mehr gerecht.

Weil er bislang alle Möglichkeiten verstreichen hat lassen, selbst umfangreich zur Aufklärung beizutragen, liegt für uns die Annahme nahe, dass die Vorwürfe gegen Landeshauptmann Markus Wallner zutreffen. Denn anstatt Verantwortung zu übernehmen, wird weiter nur das zugegeben, was nicht mehr zu bestreiten ist. Das ist

---

<sup>1</sup> <https://www.vol.at/wortkarger-wallner-in-der-kritik/7387012> zuletzt besucht am 24.04.2022

<sup>2</sup> [https://vorarlberg.at/web/landtag/lis, Anfrage 29.01.270](https://vorarlberg.at/web/landtag/lis,Anfrage%2029.01.270), Zahl: 29.01.270, beantwortet am 8.4.2022.

<sup>3</sup> Ausgabe der Vorarlberger Nachrichten vom 23.04.2022.

<sup>4</sup> <https://vorarlberg.orf.at/stories/3152997/>, zuletzt besucht am 22.04.2022.

nicht länger tragbar. Es wäre deshalb für den Landeshauptmann Wallner höchst an der Zeit, Verantwortung zu übernehmen und zurückzutreten. Da dieser notwendige und unausweichliche Schritt bisher jedoch nicht erfolgt ist, sehen wir es als unsere Aufgabe, einen Misstrauensantrag gegen den Landeshauptmann zu stellen, um unser Land vor weiterem Schaden zu bewahren.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

## **ANTRAG**

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

***„Der Vorarlberger Landtag entzieht Landeshauptmann Mag. Markus Wallner gemäß Art. 71 Abs. 3 der Vorarlberger Landesverfassung durch ausdrückliche EntschlieÙung das Vertrauen.“***

LAbg. KO Ing. Christof Bitschi

LAbg. Daniel Allgäuer

LAbg. Nicole Hosp

LAbg. Andrea Kerbleder

LAbg. Dr. Hubert Kinz

LAbg. KO-Stv. Manuela Auer

LAbg. Dr. Martin Staudinger

LAbg. Elke Zimmermann

LAbg. KO Dr. Sabine Scheffknecht, PhD

LAbg. Johannes Gasser, MSc Bakk. BA

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG